

chinesischen Kirche kontinuierlich auf Landesebene koordinieren und leiten könnte.

Ein kontrovers diskutiertes Thema sind seit langem die statistischen Angaben zur Zahl der katholischen und protestantischen Christen in der VR China. Von beiden offiziell von der Regierung anerkannten zentralen kirchlichen Organisationen werden auf Anfrage Zahlen genannt; konkret für die katholische Kirche in China vier Millionen Katholiken und für die protestantischen Christen, die im chinesischen Christenrat organisiert sind, sieben Millionen. Unter ausländischen Beobachtern herrscht zumindest Übereinstimmung darin, daß diese Zahlen wesentlich zu niedrig angesetzt sind. Wie hoch man dann jeweils die Zahlen ansetzt, ist sehr unterschiedlich und hängt davon ab, ob man z. B. bei der Zahl der Katholiken nur diejenigen berücksichtigt, die von

der offiziellen Kirche genannt werden, oder auch die Katholiken einbezieht, die zu den verschiedenen Gruppen der sog. Untergrundkirche gehören. Je nachdem kommt man auf eine Zahl zwischen 10 und 16 Millionen Katholiken. Ähnlich divergierende Zahlenangaben gibt es auch für die protestantischen Christen, die von 11 Millionen, wie sie die Diakoniestiftung „Amity Foundation“ vorschlägt, über 18,7 Millionen, die vom „News Network International“ genannt werden, bis zu 60 Millionen gehen, wie sie das in Hongkong stationierte „Chinese Church Research Center“ verbreitet. Bei aller Divergenz des vorgelegten Zahlenmaterials herrscht Übereinstimmung darüber, daß die christlichen Kirchen wachsen und daß die Zahl der Sympathisanten wesentlich größer ist als die der durch Taufe in die Kirche aufgenommenen Personen.

Georg Evers

Ein Land am Scheideweg

Zimbabwe fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit

Eine schwere Dürre hat die Versorgungssituation in Zimbabwe deutlich verschlechtert. Es sind aber nicht nur die Folgen der Trockenheit, die dazu geführt haben, daß rund die Hälfte der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe abhängig ist. Mißmanagement und eine unvollendete Landreform haben zur Verbreitung des Hungers beigetragen. Eine wirtschaftliche Robbkur hat die Inflation verringert, die Armut jedoch vergrößert. Nach einem im großen und ganzen glänzenden Start in die Unabhängigkeit 1980 steht das ehemalige Südrhodesien heute am Scheideweg.

Die jüngste Dürre in Zimbabwe bedroht die Existenz von etwa fünf Millionen Menschen und hat die Verarmung einer breiten Bevölkerungsschicht deutlich gemacht. Nur drei Jahre nach der sogenannten „Jahrhundertdürre“ von 1992 haben Regenausfälle mit Ernteeinbußen von bis zu 60 Prozent zur Ausrufung des Notstandes geführt. Auch wenn es durch großangelegte Nahrungsmittelprogramme der Regierung und Hilfsorganisationen bis zur nächsten Ernte im Mai 1996 voraussichtlich keine Hungertoten geben wird, bleiben die bedrohlichen Folgen von Unter- und Mangelernährung für Kleinkinder, kranke und alte Menschen bestehen. Durch die Folgen der Dürre verliert Zimbabwe etwa 130 Millionen DM an Devisen aus dem Export von Agrargütern. Eine ähnlich hohe Summe muß das Land für die Einfuhr von Mais und Weizen ausgeben.

Diese Verluste treffen Zimbabwe in seiner wirtschaftlich und sozial schwierigen Situation: In dem einstigen Musterland des südlichen Afrika gärt die Unzufriedenheit einer wachsenden Zahl von Menschen, deren Lebensstandard sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert hat. Auf diesem Hintergrund mag es auf den ersten Blick erstaunen, daß die seit der Unabhängigkeit 1980 regierende Partei ZANU (Afrikanische Nationalunion Zimbabwes) bei den Parla-

mentswahlen im April dieses Jahres 98 Prozent aller Sitze errungen hat. Unter Führung ihres Vorsitzenden und Staatspräsidenten *Robert Mugabe* gelang ihr in den vergangenen 15 Jahren die Transformation des weißen Apartheidstaates Südrhodesien in die Republik Zimbabwe ohne Bürgerkrieg und zerstörerische Politikämpfe.

Im Gegenzug hat sich Zimbabwe de facto im Lauf seiner kurzen Geschichte zum *Einparteienstaat* entwickelt. Angesichts der fast übermächtigen Herausforderungen zu Beginn der Unabhängigkeit propagierte die ZANU eine Ideologie des Nationalismus, die wesentliche gesellschaftliche Gruppen einschloß und kaum Platz für Oppositionsparteien ließ. Die Kontrolle der Medien und nicht zuletzt das Mehrheitswahlrecht trugen dazu bei, daß selbst Oppositionsparteien mit zweistelligen Prozentgewinnen keinen Einzug ins Parlament schafften und zum Teil wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. Die politische Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der langjährigen „Zanukratie“ drückt sich besonders auch in der zurückgehenden Wahlbeteiligung aus. Nach der von der Katholischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden als „frei, aber kaum fair“ beurteilten Wahl vom April kann der mittlerweile siebzigjährige Robert Mugabe sein Land in das nächste Jahrtausend führen.

Unter dem Motto „Growth with equity“ (Wachstum mit Umverteilung) startete die Regierung Mugabe 1980 nach einem blutigen Befreiungskrieg gegen das weiße Siedlerregime von *Ian Smith* in die Unabhängigkeit. Zunächst galt es, rund zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zu repatriieren und die Kriegsschäden zu beseitigen. Trotz permanenter Auseinandersetzungen mit der einst im Befreiungskampf verbundenen Partei ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) unter *Joshua Nkomo* und dem feindlich gesinnten Nachbarland Südafrika gelang Mugabe die Festigung des neuen Staates. Die schwarze Regierung war sich von Anfang an bewußt, daß die Zukunft nur unter Einbeziehung der verbliebenen 100 000 Weißen gelingen konnte, die Schlüsselpositionen in Landwirtschaft und Industrie besetzten. Gleichzeitig drängten zehn Millionen schwarze Zimbabweer nach einem Jahrhundert der Unterdrückung ungeduldig auf eine schnelle Beteiligung am Reichtum des Landes.

Erst Entwicklungsfortschritte, dann Strukturanpassungsprogramm

Mit sicherem Instinkt führte Mugabe ein *nationale Versöhnungspolitik* durch, mit der er die wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit des Landes trotz scheinbar unüberbrückbarer gesellschaftlicher Risse bewahrte. Einerseits entsprach Mugabe mit seiner markigen sozialistischen Rhetorik wie dem Widerstand gegen das Apartheid-Regime in Südafrika dem Wunsch seiner schwarzen Wähler. Andererseits führte er die kapitalistische Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger fast unverändert fort und respektierte die in der Verfassung für zehn Jahre garantierten Sonderrechte der Weißen (z. B. in der Landfrage). Vereinfacht ausgedrückt bestand Mugabes Erfolgsrezept darin, oft das Gegenteil von dem zu tun, was er selbst theoretisch gefordert hatte.

Unter günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte Zimbabwe nach der Unabhängigkeit seine Stellung als im afrikanischen Vergleich hochindustrialisiertes Land mit einer produktiven Landwirtschaft ausbauen. Die Regierung erzielte in der ersten Dekade beeindruckende Entwicklungsfortschritte. Das rein auf die weiße Elite zugeschnittene Bildungssystem wurde gründlich reformiert. Die Zahl der Primarschüler wuchs bis 1989 von 0,8 Millionen (1979) auf 2,2 Millionen. Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der Sekundarschulen um 700 Prozent erhöht. 20 Prozent des Staatshaushalts wurden 1989 für den Bildungsbereich ausgegeben – ein Beweis, daß der Staat seine bei der Unabhängigkeit gegebenen Versprechen ernst meinte. Durch den konsequenten Ausbau des Gesundheitssystems wurde die Kindersterblichkeit nahezu halbiert, Mindestlöhne, Gewerkschaften und gleiche Rechte für Frauen wurden gesetzlich geschützt.

Parallel zu dem beispielhaften Sozialausbau und einer für afrikanische Verhältnisse guten wirtschaftlichen Entwicklung stieg die Verschuldung Zimbabwe von 1980 bis 1990

um das Vierfache auf 3,2 Milliarden US-Dollar. Zahlungsschwierigkeiten und Inflation zwangen die Regierung Mugabe schließlich zum Handeln. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds wurde 1991 gleichsam über Nacht das unter dem Namen ESAP (Economic Structural Adjustment Program) bekannte *Strukturanpassungsprogramm* beschlossen, das eine Liberalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitigem striktem Sparkurs vorsah. Was unter ökonomischen Gesichtspunkten längerfristig durchaus sinnvoll sein mag, hat dazu geführt, daß in den letzten vier Jahren „die Reichen reicher und die Armen ärmer“ geworden sind, wie Kritiker unterschiedlichster Couleur meinen.

Drastische Einsparungen im sozialen Netz im Zuge von ESAP stellen die erreichten Entwicklungsfortschritte in Frage. Wenn die Zimbabweer heute mit bitterem Tun davon sprechen, daß sie „ge-esapt“ worden sind, bedeutet dies konkret, daß durch wirtschaftliche Deregulierung 55 000 Arbeitsplätze verloren gingen, die ehemals kostenlosen Schulen und Krankenhäuser für viele Familien unerschwinglich wurden und die Arbeitslosenquote rund 25 Prozent beträgt. Die Reallöhne sind so niedrig wie noch nie, Lebensmittel werden nicht mehr subventioniert. Währenddessen wächst die Verschuldung Zimbabwe weiter an. Das Strukturanpassungsprogramm bedroht somit nicht nur die Gesundheit und die Zukunftschancen der jungen Generation, sondern auch den sozialen Frieden im Land. Für immer mehr Menschen sind die auferlegten Lasten zu schwer.

Die eigentliche Konfliktlinie in der Landfrage

Große Hoffnungen setzt die ländliche Bevölkerungsmehrheit Zimbabwe noch immer auf die *Landreform*, die eine Umverteilung der weißen Großfarmen vorsieht. Kein anderes Thema ist mit so viel Symbolwert behaftet wie die Landfrage, die als Schlüssel für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft gilt. Beim Untergang des rhodesischen Staates befanden sich 40 Prozent des Landes, darunter die besten Böden, in der Hand einiger tausend weißer Siedler. Diese hatten die dort angestammte schwarze Bevölkerung in den „Communal Lands“ genannten Reservaten zusammengepfercht. In den heute existierenden 166 Communal Lands, die sich vor allem in wenig für den Ackerbau geeigneten Regionen befinden, leben noch circa sieben Millionen von insgesamt elf Millionen Zimbabweern. Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß der Kampf um die Unabhängigkeit für die Mehrzahl der Schwarzen den Kampf um die Zurückgewinnung von Grund und Boden bedeutete.

Entsprechend groß und emotionsgeladen waren die Erwartungen nach dem siegreichen Befreiungskampf. 162 000 Familien kündigte Mugabe 1980 die Umsiedelung auf fruchtbares Land an, das weißen Großfarmern enteignet werden sollte. Dieses Versprechen ist bis heute unerfüllt. Durch das Abkommen zur Unabhängigkeit waren der Regierung zunächst die Hände gebunden – zehn Jahre lang konnte sie

Land von Weißen nur auf freiwilliger Basis kaufen. Bis heute wurden lediglich 52.000 Familien aus den Communal Lands auf etwa 3 Millionen Hektar Land neu angesiedelt. Den Zorn der Bevölkerung hat jedoch erregt, daß im gleichen Zeitraum doppelt so viel Land an eine neue schwarze Elite ging.

1994 kam es zu einem nationalen Skandal, als an die Öffentlichkeit gelangte, daß Erziehungsminister *Mangwende* (noch heute in der Regierung) eine 1200 Hektar große Farm erhalten hatte, die zur Vergabe an 33 Familien vorgesehen war. Im Lauf der Untersuchung, die Präsident Mugabe notgedrungen einleiten mußte, stellte sich heraus, daß viele weitere Farmen an Kabinettsmitglieder und hohe Beamte verschachert worden waren. Zudem wurde bekannt, daß ein beträchtlicher Teil von ihnen weder Know-how noch Interesse besaß, die überlassenen Farmen profitabel zu bewirtschaften. In einem Land, in dem Menschen hungern müssen, liegt kostbares Land brach.

Leider läßt sich auch für einen großen Teil der bereits umgesiedelten Kleinbauern keine positive Bilanz ziehen. Zu selten wurde auf die fachliche Qualifikation der Neusiedler geachtet. Aufgrund von fehlenden Kenntnissen der Bauern und ungenügender Beratung durch Regierungsstellen konnte es erst zur diesjährigen Hungersnot durch Dürre kommen. Viele Kleinbauern stiegen in den letzten Jahren durch Regierungsprogramme auf hochgezüchtete Maissorten mit chemischem Dünger um. Die angestammten dürre-resistenten Maisarten sind darüber in Vergessenheit geraten. Zweifellos hat die Gesamtheit der zimbabwischen Kleinbauern in den letzten 15 Jahren beträchtliche Erfolge erzielt. Ihr Anteil an der Produktion des Hauptnahrungsmittels Mais stieg von praktisch Null (1980) auf etwa 60 Prozent. Ein Wermutstropfen ist jedoch der rasante Preisverfall von Mais, dessen realer Wert heute nur noch etwa 25 Prozent von 1980 beträgt. Die Großfarmer in Zimbabwe haben sich hingegen stärker auf Exportgüter wie Tabak, Baumwolle, Tee und Kaffee konzentriert.

Unter dem Eindruck der schlechten Stimmung in den Communal Lands und in dem Bewußtsein, daß das Engagement in der Landfrage von fundamentaler Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Regierung ist, beschloß die Regierung Mugabe 1992 ein neues „Landkaufgesetz“. Damit genehmigte sie sich die Freiheit, weiße Großfarmer auch gegen deren Willen zu enteignen. Eine gerichtliche Anfechtung der Enteignung ist ausgeschlossen. Der Protest gegen das Gesetz hat gezeigt, daß die Konfliktlinie in der Landfrage heute weniger zwischen Schwarz und Weiß als vielmehr zwischen einer neuen Elite beiderlei Hautfarbe und armer, ausschließlich schwarzer, Bevölkerung verläuft.

Die *katholische Bischofskonferenz* Zimbabwes hat sich bei verschiedenen Anlässen zur Landreform geäußert und deren grundsätzliche Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit unterstrichen. In einem gemeinsamen Hirtenbrief von 1989 heißt es: „Land ist ein begrenztes Gut. Es kann nicht produziert oder vervielfacht werden. Es muß so aufgeteilt werden, daß

alle Bürger einen ausreichenden Nutzen davon haben. (...) Es gibt kein absolutes Recht auf Land. Wenn Land nicht im Hinblick auf das Gemeinwohl genutzt wird, kann der Staat es umverteilen.“ Mit Bezug auf das Landkaufgesetz von 1992 bestanden die Bischöfe aber darauf, daß enteigneten Farmern der Weg vor die Gerichte offenstehen müsse.

Zur Frage der *Landreform* hat die Katholische Kommission Gerechtigkeit und Frieden (Catholic Commission for Justice & Peace in Zimbabwe) im Mai 1995 eine eigene Studie vorgelegt, die für einigen Zündstoff gesorgt hat. Darin wird herausgestellt, daß für die Enteignung der von Mugabe oft als Feindbild eingesetzten weißen Siedler keine vorrangige Notwendigkeit mehr besteht. Vielmehr hält die Regierung 1,5 Millionen Hektar beschlagnahmtes und angekauft Land in ihren Händen, das noch nicht an Kleinbauern weitergegeben wurde. *Mike Auret*, Koordinator der Kommission: „Die Regierung hat weder ein Konzept noch den eindeutigen politischen Willen, um eine gerechte und produktive Umverteilung des Landes durchzuführen.“

Die katholische Kirche hat in Zimbabwe einen guten Ruf

Die Stimme der katholischen Kirche hat in Zimbabwe Gewicht. Obwohl nur zehn Prozent der Bevölkerung katholisch sind (was rund 20 Prozent aller Christen in Zimbabwe entspricht) geht ihr Einfluß weit über diesen Kreis hinaus. Dies hängt sicherlich mit zahlreichen Schulen, Gesundheitszentren und Entwicklungsprojekten zusammen, in denen noch eine große Zahl ausländischer Priester und Ordensleute tätig sind. Gleichzeitig hat jedoch auch die engagierte und überparteiliche Beteiligung an gesellschaftlich relevanten Fragen zum guten Ruf der Kirche beigetragen. Neben der Bischofskonferenz ist in diesem Zusammenhang die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden zu nennen, die, 1972 gegründet, zu brennenden politischen und sozialen Fragen Stellung bezog. Die Kommission profitierte im jungen Staat Zimbabwe von dem Renommee, das sie sich als unabhängige Instanz für Menschenrechtsfragen in der Zeit der weißen Siedlerherrschaft erworben hatte.

Daß Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden auch zumeist Konfrontation mit den Regierenden bedeutet, bekam die Kirche im Matabeleland-Konflikt (1982–87) erneut zu spüren. Hintergrund dieses blutigen Konflikts (mit etwa 10.000 Toten) war das Vorgehen der Regierungspartei ZANU gegen Waffenlager des einstigen Verbündeten ZAPU im Osten des Landes. In den Kampf zwischen Spezialeinheiten der Regierung und den Rebellen kam es zu zahlreichen Massakern gegenüber der Zivilbevölkerung. Im Einsatz für die Opfer hatte die Kirche keinen leichten Stand und trotzte allen Spaltungsversuchen der Regierung.

Ebenso eindeutig hat sich die Kirche gegen die Schaffung eines Einparteienstaates ausgesprochen, mit dem der Tauf-scheinkatholik Mugabe lange Zeit geliebäugelt hatte. Es ist

auch ein Verdienst der Kirche, daß dieses Thema nun nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Die Kommission für Frieden und Gerechtigkeit hat im Lauf der Jahre nicht nur die Funktion eines respektierten „Wachhunds“ in Sachen Menschenrechte übernommen, sondern sich zugleich auch als „hörende Kirche“ für die vielen Stimmlosen im Land einen Namen gemacht.

Ein Viertel der Menschen ist aidsinfiziert

Probleme bereiten den Menschenrechtlern immer wieder Gesetze, die die schwarze Regierung aus der rhodesischen Verfassung übernommen hat, weil sie ihr zur Wahrung ihrer Autorität gut ins Konzept paßten. Dazu gehört zum einen die Todesstrafe, zum anderen ein Gesetz über „Law and Order“ von 1960, das bestimmte Rechte wie die Versammlungsfreiheit einschränken kann. Auch mit der Pressefreiheit tut sich die Regierungspartei ZANU schwer. Die „Daily Gazette“, Zimbabwes einzige private Tageszeitung, mußte letztes Jahr aufgeben, weil sich auf indirekten Druck von oben keine Inserenten mehr finden ließen.

Die Kirche in Zimbabwe hat gezeigt, daß sie Probleme auch selbst anpacken kann; über ihre Entwicklungskommission werden landesweit Projekte der ländlichen Entwicklung durchgeführt. Zur Linderung der Dürrefolgen läuft noch bis zur nächsten Ernte im Mai 1996 ein Nothilfeprogramm für die am meisten verwundbaren Gruppen wie Kleinkinder, Kranke und stillende Mütter. Zu den wichtigsten Unterstützern der beiden Programme gehören die deutschen Organisationen Misereor und Caritas international.

Ebenfalls nicht konfliktfrei, aber letztlich konstruktiv war der Dialog zwischen Kirche und Regierung bezüglich der drängenden *Aidsproblematik*. Rund 25 Prozent der Bevölkerung sind aidsinfiziert. Besonders betroffen ist die Altersgruppe der 25- bis 40jährigen. Von schwangeren Frauen, die in Regierungskrankenhäusern entbunden haben, waren 46 Prozent HIV-positiv. Die Folgen der Epidemie sind nicht mehr zu übersehen. Aids ist inzwischen die Todesursache Nummer eins bei Kindern, die Zahl der täglichen Beerdigungen in der Hauptstadt Harare hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Doch es wird noch schlimmer kommen. 600 000 Aidswaisen soll es im Jahr 2000 in Zimbabwe geben. Die 38 bestehenden Waisenheime können etwa 2100 Kinder aufnehmen.

Niemand in Zimbabwe kann heute abschätzen, wie das Land mit der Geißel zurechtkommen wird. Nicht nur ungelöste soziale Probleme türmen sich am Horizont, der Ausfall von Facharbeitern beeinträchtigt jetzt schon die Industrie. Landesweite Aidskampagnen haben das Problem inzwischen in das Bewußtsein der meisten Bürger gebracht. In den Strukturen von Armut und zerrissenen Familien findet Aids jedoch weiterhin einen idealen Nährboden. Vor allem Wanderarbeiter und Lkw-Fahrer haben zur Verbreitung der Krankheit bis in die entlegensten Winkel des Landes bei-

getragen. „Der Schlüssel zur Bekämpfung von Aids ist die Förderung der Familie“, sagt die deutsche Dominikanerin *Hyazinth Gerbecks*, die im Sekretariat der zimbabwischen Bischofskonferenz für die Problematik zuständig ist. Sie fürchtet, daß die Diskussion über Aids in Zimbabwe auf oberflächliche Fragen verengt ist. Was nützen Erklärungen über den richtigen Gebrauch von Kondomen, wenn jungen Frauen das Selbstbewußtsein fehle, deren Gebrauch einzufordern, fragt sie. Das auf der staatlichen Aufklärungskampagne aufbauende Programm der katholischen Kirche setzt deshalb vor allem auf Kinder, um ihnen Werte zu vermitteln und sie als Person zu festigen. In Rollenspielen können Schüler lernen, ihre Überzeugungen auch in praktisches Verhalten umzusetzen.

15 Jahre nach der Unabhängigkeit steht Zimbabwe am Scheideweg. Deutlicher als je zuvor spaltet sich die Gesellschaft in wenige Gewinner und viele Verlierer. Zu letzteren gehört die *junge Generation*, die auf den Arbeitsmarkt drängt. Weniger als die Hälfte der jährlich 120 000 Schulabgänger findet eine Stelle. Der faktischen Staatspartei ZANU fehlt das Potential für die Herausforderungen der Zukunft. Zimbabwe braucht mehr Demokratie, um angesichts eines steigenden politischen Desinteresses die verelendenden Massen zu integrieren. Das selbst von seinem Präsidenten als „bedeutungslos“ eingestufte Parlament bedarf deshalb einer dringenden Reaktivierung.

Für einen Neuanfang ist es noch nicht zu spät

Dazu müßte eine kompetente demokratische *Opposition* beitragen, bevor eine völlig desillusionierte und marginalisierte Bevölkerung eines Tages auf andere Alternativen setzt. Der immer wieder beschworene Gegensatz zwischen weißer Minderheit und schwarzer Mehrheit hat dagegen als politisches Paradigma ausgedient. Die überwiegende Zahl der weißen Farmer glaubt an eine Zukunft in Zimbabwe und ist kooperativ. Entscheidend ist vielmehr das Verhalten der *neuen schwarzen Oberschicht*, die das Geschehen in Politik und Industrie bestimmt. Eine direktere Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungsprozessen wäre dabei ebenso notwendig wie die Bekämpfung der wie in vielen afrikanischen Ländern ausufernden Korruption und Vetternwirtschaft. Für einen Neuanfang ist es nicht zu spät. Noch immer hat Zimbabwe weit bessere Ausgangsbedingungen als andere afrikanische Länder: eine moderne Infrastruktur mit dem dichtesten Straßennetz des Kontinents, reiche Bodenschätze und eine verhältnismäßig homogene ethnische Zusammensetzung.

1995 ist nicht die Zeit für große Visionen über die Zukunft Zimbabwes. „Unser Ziel ist, dieses Jahr zu überleben“, so ein Bischof vor einigen Wochen über seine von der Dürre betroffene Diözese. Was danach kommt, müssen kleine Schritte in Richtung einer gerechteren Gesellschaft sein.

Oliver Müller